

Bericht über die Entwicklung in Polen

am Jahreswechsel 1960/61

I. <u>Innere Entwicklung</u>	Seite:	1
1) Die Lage in der Partei		1
2) Die PAX will wieder ins Parlament		4
3) Gemeinsame Jugendarbeit - nur "zeitweise"		5
4) Kirchliche Feiertage gestrichen		6
II. <u>Wirtschaft</u>		7
1) Kollektive Steuerschuld		7
2) Heimarbeit soll forciert werden		7
3) Wirtschaftsplan 1961		8
4) Bergbau		9
5) Neuer Finanzminister		10
III. <u>Kulturelle Probleme</u>		11
1) Zeitgenössische Literatur soll gefördert werden		11
2) Theaterprogramm 1961		12
3) Arbeiter auf der Schulbank		13
4) Zu wenig Arbeiter- und Bauernstudenten		14

1) Die Lage in der Partei

GOMULKA ist in einer gefestigten Stellung in das Jahr 1961 gegangen. Obwohl ihm das Ziel, die polnische Wirtschaft zu sanieren, den Lebensstandard entscheidend zu erhöhen und dem Regime eine gesunde Basis zu schaffen, unerreichbar blieb, hat sich seine Stellung in der Führung von Partei und Staat so gefestigt, daß er fest wie nie im Sattel sitzt. Es gelang ihm, die seit 1956 zerrüttete Einheit der Partei wiederherzustellen, wobei er eine unbestrittene Führerrolle spielt, ohne ein Diktator genannt werden zu können.

Vor allem hat sich sein Verhältnis zu Moskau so gestaltet, daß er von dort in allen innenpolitischen Fragen heute volle Rückendeckung besitzt.

CHRUSCHTSCHOW zeichnet ihn bei jeder Gelegenheit unter den Führern der Satellitenstaaten aus, nennt ihn einen "erprobten Freund", einen "verdienten Sohn der Partei", einen "treuen Kämpfer für die Sache des Kommunismus" und ähnlich. Dieses Verhältnis hat sich aus einer Interessengleichheit ergeben. CHRUSCHTSCHOWs Experimente im Inneren weisen gewisse Parallelität zu den Versuchen auf, die GOMULKA unternimmt, um das Regime auf einen neuen Boden zu stellen. Ebenso sind die Polen außenpolitisch die eifrigsten Verfechter einer friedlichen Koexistenz. Den Sowjets kommt es dabei zu Gute, daß Polen im westlichen Ausland über ein höheres moralisches Kapital verfügt, als jeder beliebige andere Staat des Ostblocks es aufweisen kann. Das kam besonders bei der UN-Vollversammlung zum Ausdruck, bei der es vor allem den Polen gelungen ist, die schlimmsten Folgen des unbeherrschten Auftretens CHRUSCHTSCHOWs zu vermeiden.

Die Interessengemeinschaft zwischen den Sowjets unter CHRUSCHTSCHOW und den Polen unter GOMULKA fand ihren besonderen Ausdruck auf der Gipfelkonferenz des Ostens, bei der die KPdSU und die Vereinigte Arbeiterpartei besonders eng zusammenwirkten. Die chinesischen Angriffe, die Lio Shao Chi gegen den Kurs des Kreml startete, richteten sich in besonderer Schärfe gegen Polen, dem Revisionismus und Verrat an den leninistischen Dogmen vorgeworfen wurde. Nur noch Ungarn war ähnlichen Angriffen ausgesetzt. CHRUSCHTSCHOW hat in dieser Situation den Polen den Rücken gestärkt, umgekehrt trat GOMULKA in mehreren Reden für den sowjetischen Kurs ein, so daß auch hier die Achse Warschau-Moskau deutlich sichtbar wurde.

In dieser Situation maßregelte GOMULKA mehrere Polen, die durch ihr Verhalten

die Gefahr heraufbeschworen, das polnisch-sowjetische Verhältnis zu trüben. Von der Moskauer Konferenz gab GOMULKA telegrafisch die Anweisung, den Chefredakteur der offiziellen Zeitschrift "Polityka" abzusetzen, der ausgerechnet in jener kritischen Zeit den polnisch-sowjetischen Krieg von 1920 auskramte und in einem Artikel besprach, ein Thema, das feindselige Leidenschaften in Polen immer wieder gegen die sowjetischen "Freunde" aufstachelte, von welcher Seite auch immer man es anfaßt. Der Freundschaft wurde auch der Rundfunkkommentator JASZUNSKI geopfert, der zu dem Wahlkampf in den USA entgegen der offiziellen Linie erklärte, ein Sieg NIXONS liege mehr im polnischen Interesse als ein Sieg KENNEDYS, weil NIXON die Oder-Neiße-Linie praktisch anerkenne und somit ein Beschützer der polnischen Westgrenze sei. Der sowjetische Botschafter in Warschau, ABRASIMOW, erhielt die Gelegenheit, in einer Rede dazu Stellung zu nehmen, in der er erklärte, NIXON habe seine Erklärung nur im Hinblick auf die polnischen Wähler in den USA abgegeben, in Wirklichkeit jedoch unterstützten die Republikaner der USA die westdeutschen Revanchisten. Der Schutz der polnischen Westgrenze werde allein durch die militärischen Kräfte des Ostblocks gewährleistet.

Auf diese Weise manifestierte auch der Sturz der beiden Journalisten den unabdingbaren Willen GOMULKAS, das sowjetisch-polnische Verhältnis durch nichts trüben zu lassen. Dazu hat er allen Grund. Durch die Zurückziehung jeder Unterstützung, die Moskau zunächst nach dem polnischen Oktober dem radikalen Parteiflügel der Vereinigten Arbeiterpartei gewährt hatte, existiert die sogenannte Natolinfraktion der Partei heute nicht mehr. Der hervorragende Mann der orthodoxen, ZAMBROWSKI, der noch bis ins Jahr 1960 hinein als möglicher Rivale GOMULKAS im Kampf um die Macht in der Partei gelten konnte, ist heute politisch am Ende, und sein Einfluß wird auch nicht wieder herzustellen sein, da ihn inzwischen eine Krankheit Stück für Stück aus dem politischen Leben verdrängt.

Auch Edvard OCHAB, der Vorgänger GOMULKAS, der in der Partei und im Staate über großes Ansehen verfügte, das er indes nie gegen GOMULKA ausspielte, scheidet als potentieller Nebenbuhler aus, da er von einer Krankheit heimgesucht wird, die ihn in zunehmendem Maße erblinden läßt.

Mit CYRANKIEWICZ, der im Parteiapparat keinen Einfluß besitzt und sich auf den Staatsapparat beschränkt, verbindet GOMULKA ein gutes Verhältnis, zumal der Ministerpräsident sich in politischer Selbstbescheidung stets zurückhält, bis die Generallinie gegeben ist. Der fünfte Mann, der zur obersten Schicht

gehört, Zenon KLISZKO, ist zwar intrigant und machthungrig, genießt auch das Vertrauen GOMULKAS in hohem Maße, doch ist er von der zweiten Funktionärsgarnitur so isoliert, daß er allein mit GOMULKA steht oder fällt.

Diese Konstellation der "großen Fünf von Warschau" zeigt GOMULKAS überlegene Stärke, und alle anderen namhaften Politiker, etwa JEDRYCHOWSKI, SOWINSKI und RAPACKI sind demgegenüber zweite Garnitur und müssen sich, soviel Format sie auch im Einzelfalle besitzen, an der Konstellation der oberen Fünf orientieren.

In der Partei ist damit die Stellung GOMULKAS unbestritten. Wie aber sieht es mit der Bevölkerung aus?

Scharfe Gegner hat GOMULKA vor allem in Kreisen der Intelligenz, die ihm die Abweichung von der Oktoberlinie nicht verzeiht und die nach wie vor mehr Freiheiten verlangt, obwohl Polen - das wird auch in diesen Kreisen gesehen - im Vergleich zu allen übrigen Staaten des Ostblocks die freieste Ordnung hat. Die Bauern, die den Kommunisten in unverändertem Mißtrauen gegenüberstehen, tolerieren GOMULKA jedoch aus der Erkenntnis, daß er der einzige Führer des Ostblocks ist, der in seinem Lande keine Zwangskollektivierung durchführt. Wenngleich sie befürchten, daß sich dieser Kurs wandeln könne, gibt es für sie keine Alternative, wollen sie nicht der Machtergreifung von Gruppen Vorschub leisten, die den harten Kurs forcieren würden. Die städtische Bevölkerung schließlich, also Arbeiter, Angestellte und Beamte, denken ähnlich. Obwohl die wirtschaftliche Lage nach wie vor drückend ist, geht es ihnen wesentlich besser als früher, vor allem aber ist die Angst, das beherrschende Gefühl der Voroktoberzeit, von ihnen genommen. Bei all diesen Schichten mit Ausnahme der Intelligenz stehen im Wert der Unzufriedenheit, wirtschaftliche Zustände im Vordergrund, so daß dem Regime von dieser Seite her politisch keine akute Gefahr droht. Eben aus diesem Grunde werden die entscheidenden Bemühungen der Partei im Jahre 1961 auf wirtschaftlichem Gebiet gemacht werden, um Voraussetzungen für die Hebung des Lebensstandards zu schaffen.

67 PAX WILL WIEDER INS PARLAMENT

Die PAX-Organisation, eine mit den Kommunisten kollaborierende katholische Gruppe, hat in den letzten Wochen ihre Aktivität wesentlich gesteigert, was von Warschauer Kreisen dahin gewertet wird, daß diese Gruppe bei den Parlamentswahlen im April 1961 wieder einige Sitze abbekommen will. Der seltsam verschlungene Weg dieser Organisation, die nach dem Oktober zunächst ihr Ende zu finden schien, geht wieder nach oben.

Dies ist nicht zuletzt ein Erfolg ihres Führers PIASECKI, eines schillernden und zweifelhaften Charakters, dem man indes Geschick und Klugheit nicht absprechen kann.

Die PAX entstand im stalinistischen Polen als Waffe des damaligen Regimes gegen den Einfluß der Kirche, die jene Gruppe bald mehr haßte als die Kommunisten selbst. Die Linientreue der PAX ging so weit, daß die PAX im Oktober auf Seiten der Stalinisten stand und dabei den Einfluß weitgehend verlor, den sie einmal gehabt hatte. PIASECKI, über den offenbar die Sowjets eine schützende Hand hielten, mußten zusehen, daß die PAX 1957 bei den Wahlen nicht mehr in die Einheitsliste aufgenommen wurde und aus vielen Stellungen verdrängt wurde. Eine ganze Zeit mußte er sich im Hintergrund halten, baute aber die Wirtschaftsunternehmen der Gruppe (Vorlage, Druckereien, Handelsbetriebe) aus, so daß er "gut über den Winter kam", wie man in Warschau sagt.

Daß ihm dies gelang, verdankt er auch seiner Taktik, in der Stalinzeit einer Reihe von Verfolgten Unterschlupf gewährt zu haben, die sich nach dem Oktober, gegen den sich PIASECKI offen gewandt hatte, dennoch aus Dankbarkeit stützten. Auch diese Zweideutigkeit in der Stalin-Ära gehört mit zu dem Bild PIASECKIs, der vor dem 2. Weltkrieg zeitweise auch mit den polnischen Faschisten gemeinsame Sache gemacht hatte, wie er später seine Finger in antifaschistischen Aktionen hatte.

Die Stunde der PAX schlug erneut, als sich das Verhältnis GOMULKAs zu Kardinal WYSZYNSKI und der Kirche wieder verschlechterte, ohne dabei jedoch die Form offener Feindschaft anzunehmen. Seit aber diese Spannungen bestehen, sucht die Partei im katholischen Lager wieder potentielle Verbündete, die notfalls gegen den Klerus marschieren. Eben das war der Moment, der die PAX wieder das Haupt erheben ließ.

Am 15. Dezember 1960 kamen die PAX-Leute zu einer demonstrativen Kundgebung in Warschau zusammen, die offiziell als Feier des fünfzehnjährigen Bestehens deklariert wurde, inoffiziell aber als die Verkündung des Anspruches zu werten ist, ab jetzt wieder im politischen Leben eine Rolle zu spielen und in den neuen Sejm einzuziehen.

3) Gemeinsame Jugendarbeit - nur "zeitweise"

Zum Jahresende ließ die parteioffizielle "Trybuna Ludu" erstmalig durchblicken, daß die gemeinsame Jugendarbeit der Vereinigten Arbeiterpartei und der Bauernpartei nur eine "zeitweilige Erscheinung" sei. Das Blatt gibt zu verstehen, daß man Vorbereitungen trifft, um schrittweise zu einem einheitlichen Jugendverband zurückzukehren, der allein unter der Kontrolle der Kommunisten stehen würde.

Die vorsichtigen Andeutungen der "Trybuna Ludu" müssen, wenngleich sie noch keine akuten Maßnahmen ankündigen, ernst genommen werden. Sie deuten das Scheitern eines Experimentes an, das nach der Zerschlagung des Staatsjugendverbandes ZMP 1956 unternommen wurde. Damals hatte man einen sozialistischen Jugendverband gegründet, der sein Wirken auf die städtische Jugend beschränkte und von der Vereinigten Arbeiterpartei kontrolliert wurde. Die Studenten waren in einem ebenfalls, allerdings lockerer kontrollierten Studentenverband erfaßt, während die Landjugend in einem Landjugendverband aufging, der von der Vereinigten Arbeiterpartei gemeinsam mit der Bauernpartei kontrolliert wurde.

Die rein kommunistisch kontrollierten Organisationen, das ergibt die laufende Beobachtung, stagnieren völlig, während sich in den Organisationen der Landjugend, soweit sie funktionsfähig sind, der Einfluß der Bauernjugend den der Kommunisten bei weitem überwiegt.

All diese Tendenzen haben offenbar jenen Flügel in der Partei wieder auftrieb gegeben, der eine Neubelebung der Einheitsjugend befürwortet. Wenngleich die Sache noch nicht spruchreif ist, muß man künftig davon ausgehen, daß an diesem Projekt gearbeitet wird.

4) Kirchliche Feiertage gestrichen

Einen Hinweis dafür, daß die kirchlichen Belange weniger respektiert werden als bisher, gibt der Beschluß des Sejm, zwei kirchliche Feiertage, die bisher als gesetzliche Feiertage anerkannt waren, ab 1961 abzuschaffen und zu Arbeitstagen zu erklären. Es handelt sich um das Fest der Heiligen drei Könige sowie um Mariä Himmelfahrt.

Polen wird künftig noch sechs Feiertage als kirchliche Feiertage pro Jahr respektieren. Es handelt sich um Weihnachten, Ostern und Pfingsten, Himmelfahrt, Fronleichnam und Allerheiligen.

Der Sejm begründete seinen Entschluß damit, daß die Feiertage die Erhöhung des Lebensstandards und die regelmässige Produktion beeinträchtigten. Westliche Länder hätten noch weniger kirchliche Feiertage als gesetzliche Feiertage, so die USA nur 4, Frankreich 5, England habe ebenfalls nur 6 anerkannte kirchliche Feiertage.

Während die Kirche bereit war, den Dreikönigstag zu opfern, hat sie der Abschaffung des Marientages Widerstand entgegengesetzt. Der Marientag war der Höhepunkt der Pilgerfahrten zum Gnadenbild der Maria in Tschenschow. Diese Pilgerfahrten aber waren den kommunistischen Machthabern ein Dorn im Auge, zumal es einen politischen Aspekt bei der Sache gab. Der Marientag fällt genau auf das Datum, an dem 1920 die Polen die Sowjets vor Warschau entscheidend schlugen. Die Marienfahrt hatte manchmal den Charakter einer nationalen, antisowjetischen Demonstration, die untergründig mitschwang.

Warschauer Kreise sehen in der neuen Feiertagsregelung, die ohne Einigung mit der Kirche, die kompromißbereit war, geschehen ist, ein neues Symptom für die angespannten Verhältnisse zwischen Staat und Kirche.

II. Wirtschaft

1) Kollektive Steuerschuld

In seiner letzten Session 1960 beschloß der Sejm, eine kollektive Steuerschuld einzuführen. Dies bedeutet, daß Familienangehörige, die mit dem Steuerschuldner in einer Hausgemeinschaft leben, zur Zahlung herangezogen werden, wenn der Steuerschuldner nicht zum Zahlen bewegt werden kann.

Mit diesem Gesetz will der Sejm die Steuermoral heben und die Einkünfte des Staates erhöhen. Die katholischen Abgeordneten des Sejm leisteten dieser Form einer Kollektivschuld erbitterten Widerstand. Der Abgeordnete KISIELEWSKI erklärte im Parlament, eine solche Handhabung sei "mit dem Geiste der in Polen geltenden Gesetzgebung und Moral unvereinbar."

Diese Haltung wurde von den Kommunisten im Sejm scharf attackiert. Sie bezeichneten die katholische Haltung als einen Versuch, sich schützend vor eine "Gruppe von Steuerverbrechern" zu stellen.

2) Heimarbeit soll forciert werden

Zurzeit gibt es in Polen etwa 50.000 Heimarbeiter, meist Frauen und Jugendliche, dazu Invaliden und Greise, die sich mit Heimarbeit befassen. Auftraggeber sind in den meisten Fällen Betriebe des Staates und sogenannte Genossenschaften.

Die Heimarbeit zu forcieren, um die Produktivität des gesamten Landes zu fördern, verlangt jetzt die Partei. In einer Stellungnahme, die "Trybuna Ludu" veröffentlichte, heißt es dazu:

"Mag sein, daß viele von uns noch das in Erinnerung haben, was MARX über die Heimarbeit schrieb. Man vergißt dabei, daß in unseren Verhältnissen die Sache ganz anders aussieht. Bei uns ist der Heimarbeiter kein ausgebeutetes und wehrloses Wesen mehr, das seinem Auftraggeber auf Gnade oder Ungnade überlassen bleibt. Für die gleiche Arbeit bekommt er den gleichen Lohn wie jeder andere, der im Betrieb fest beschäftigt ist. Die Heimarbeiter sind wie andere Werktätige krankenversichert, bekommen bezahlten Urlaub und haben Anspruch auf eine Altersrente."

Die Stellungnahme verweist auf die Erfolge, die die UdSSR während des Krieges

mit der Heimarbeit erzielt habe. Dort werde die Heimarbeit auch jetzt noch von alten Leute gepflegt, die damit ihre Rente aufbesserten. In Polen könne man noch mehr damit erreichen. Man könne Arbeitskräfte aktivieren, für die es zurzeit noch keinen festen Arbeitsplatz gebe, dazu könne man viele Frauen in den Produktionsprozeß eingliedern. "Alles spricht dafür", so heißt es abschließend, "daß sich die Heimarbeit zu einem wichtigen Faktor der Volkswirtschaft entwickeln kann."

Nach Plänen, die inzwischen offen diskutiert werden, ist zunächst an eine Verdreifachung der Zahl der Heimarbeitergedacht.

3) Wirtschaftsplan 1961

Die polnische Regierung veröffentlichte die Planziele des Wirtschaftsplanes für das Jahr 1961. In dem Beschluß heißt es, daß die industrielle Bruttoproduktion im kommenden Jahre um 7,7 % wachsen wird. Im einzelnen soll die industrielle Produktion folgende Ziele erreichen:

Elektroenergie	31,9 Milliarden kWh		
Steinkohle	105,5 Millionen t		
Braunkohle	10	"	"
Rohstahl	7,1	"	"
Roheisen	4,45	"	"
Walzgut	4,75	"	"
Werkzeugmaschinen	23.000	Stück	
Elektromotoren	1.152.000	"	
Fernsehgeräte	230.000	"	
Diesellokomotiven	205	"	
Personenwaggons	672	"	
PKW	14.350	"	
LKW	20.500	"	
Motorräder	125.000	"	
Seeschiffe	66	"	= 288.000 tdw
Schwefel	141.000	to	
Schwefelsäure (100%)	804.000	to	
Stickstoffdünger	273.000	to	
Phosphordünger	230.000	to	
synth. Kautschuk	31.000	to	
diverse Kunstfasern	81.000	to	
Kunststoffe	64.000	to	

Wohnungsbau

In den Städten will man 305.000 Wohnräume errichten, was über 104.000 Wohnungen entspricht.

Außenhandel

Die Umsätze sollen um 10 % ansteigen. Der Export soll wertmässig die Höhe von 5,7 Milliarden Devisenzloty (4 Devisenzloty = 1 Dollar) erreichen, was eine Steigerung um 11,1 % bedeutet. Der Wert der zu exportierenden Maschinen, Transportmittel und industriellen Ausrüstungen wird sich um 22 % steigern und die Höhe von 1,7 Milliarden Devisenzloty erreichen. Der Wert des Importes wird immer noch höher liegen, als der des Exports (6,5 Milliarden Devisenzloty), er wird aber nur um 9,1 % steigen.

Investitionen

Die Investitionen in der Volkswirtschaft sollen ca. 106 Milliarden Zloty betragen, daß ist (nach vergleichbaren Preisen) um 8,7 % mehr als im Vorjahr. Der Planentwurf sieht ein schnelleres Anwachsen der Produktionsinvestitionen (um über 11 % vor). Im Rahmen dieser Produktionsinvestitionen sollen am schnellstens die Aufwendungen für die Landwirtschaft, den Transport und das Verkehrswesen wachsen.

Beschäftigung

Der Beschäftigtenstand in der gesamten Staatswirtschaft soll sich (abgesehen von Produktionsgenossenschaften) um 104.000 Arbeitsplätze erhöhen. Der durchschnittliche Bruttolohn soll um 2,4 % steigen.

4) Bergbau

Mit 104 Millionen to geförderter Kohle konnte der polnische Bergbau 1960 zum ersten Male die 100-Millionen-Grenze überschreiten. Diese Tatsache wurde von GOMULKA, der aus diesem Anlaß vor Bergarbeitern in Kattowitz am traditionellen St.-Barbara-Tag sprach, als großer Erfolg gewürdigt. Es gelte jetzt, der polnischen Kohle die entscheidende Rolle zu sichern, die sie als Exportgut Nr. 1 gehabt habe.

Die Exportschwerpunkte der Kohle haben sich indes in den letzten Jahren geändert, da es in vielen westlichen Ländern zu einem Überangebot von Kohle kam. Zurzeit sind die Ostblockstaaten Hauptabnehmer polnischer Kohle.

5) Jerzy ALBRECHT Finanzminister

Der vor mehreren Monaten in aller Stille aus dem Sekretariat des Zentralkomitees ausgestossene Jerzy ALBRECHT ist während der letzten Session des Sejm zum neuen Finanzminister ernannt worden. Dieser Posten war schon seit Sommer d.J. durch den Tod von Dr. Tadeusz DIETRICH unbesetzt.

ALBRECHT galt immer als ein geschickter Parteitaktiker, der sich in der stalinistischen Zeit emporgearbeitet hatte. Längere Zeit war er Chef der Verwaltung in Warschau. Einen Regierungsposten hat er niemals bekleidet.

Die Nominierung ALBRECHTS, der keine für diesen Posten nötige Fachbildung besitzt (er studierte vor dem Kriege nur ein paar Semester Politechnik) macht den Eindruck einer Notlösung. Sicher ist, daß GOMULKA ihn nicht mehr im ZK-Sekretariat und überhaupt in den zentralen Parteistellen haben wollte. Es ist schon mehrere Male vorgekommen, daß Männer, die führende Posten in Polen einnahmen, plötzlich abgesetzt wurden, obwohl man keine ausreichenden Gründe dafür nennen konnte. So war es z.B. im Falle des Politbüromitgliedes Jerzy MORAWSKI, bei dem man bis heute noch nicht mit letzter Sicherheit weiß, warum er gestürzt wurde.

III. Kulturelle Probleme

1) Zeitgenössische Literatur soll mehr gefördert werden

Die polnischen Schriftsteller zeigen zu wenig Interesse gegenüber den aktuellen Problemen des Tages, - klagte der Vorsitzende des Polnischen Schriftstellerverbandes, Jaroslaw IWASZKIEWICZ, Auch der Kulturminister, GALINSKI, führte während einer längeren Ansprache, die er vor dem Beirat für Kultur und Kunst hielt, solche Klagen.

Die Flucht vor der aktuellen Thematik ist bei den polnischen Schriftstellern leicht verständlich. Nachdem sie in den Jahren 1956 und 1957 ein relativ großes Maß an Freiheit genossen hatten, mußten sie sich später erneut Eingriffe der Zensur gefallen lassen. Der Fall HLASKO, der Polen verlassen mußte, ist nur ein Beispiel. In anderen Fällen ging es nicht so dramatisch zu, das Endergebnis blieb aber das gleiche. Das Leben in Polen ist heutzutage nicht so rosig, daß ein ehrlicher Schriftsteller in einem zeitgenössischen Buch an kritischen Fragen vorbeigehen könnte. Den Schriftstellern bleibt nur zweierlei übrig: Entweder die traurige Wirklichkeit künstlich zu verschönern, oder nicht über aktuelle Probleme Polens zu schreiben, was praktisch eine Flucht vor der Wirklichkeit ist.

Die Schriftsteller Polens stehen heutzutage nicht unter Terror und es besteht für sie die Möglichkeit, die Ausflucht zu wählen, um ein reines künstlerisches Gewissen zu behalten. Die Folge ist aber, daß zeitgenössische Romane seit dem Oktober 1956 nur selten erscheinen. Es gibt keine herausragenden Werke dieses literarischen Genres.

Manche Schriftsteller, die wegen der Zensurpraktiken ihre Werke in Polen nicht erscheinen lassen können, suchten einen anderen Weg, der aber nicht für alle offen ist und zur Anonymität zwingt. Sie versuchten, ihre Arbeiten im Ausland, in polnischen Exilperiodica drucken zu lassen. Dort können sie allerdings aus technischen Gründen nur kurze Novellen und Erzählungen veröffentlichen. Ein rechter Ausweg ist das also nicht.

Es besteht also die Gefahr, daß andere Autoren mit weicherem Rückgrat und weniger Talent die Lücke ausfüllen, die seit Jahren offen bleibt. Daß diese Möglichkeit besteht, deutete der Kulturminister an.

"Es kann nicht die Rede davon sein, daß ein gutes zeitgenössisches Buch keinen Platz im Verlagsplan findet. Wir vermissen solche Bücher

sehr, und deshalb muß das Grundprinzip eines jeden Verlagshauses sein, daß wertvolle, erscheinungswürdige, zeitgenössische Romane polnischer Autoren eine Priorität im Verlagsplan haben müssen, damit für alle ideologisch engagierten und aktuellen Problemen gewidmeten Bücher das Signal auf "freie Fahrt" gestellt wird."

Zeitgenössische Romane sollen nicht nur gefördert werden, sondern auch in größerer Zahl erscheinen. GALINSKI stellte in seiner Ansprache fest, daß die Auflagen der zeitgenössischen Bücher, die früher nicht selten 100.000 erreichten, heute auf ein Zehntel dieser Zahl geschrumpft sind. GALINSKI distanziert sich zwar von einer Reihe dieser Bücher aus der Vergangenheit, die "schwach und schon bei ihrer Geburt tot" waren. Man kann ihm auch gerne glauben, daß er sich Bücher wünscht, die in jeder Beziehung gut sind. Fraglich bleibt nur, ob dieser Wunsch bei den heutigen polnischen Verhältnissen erfüllbar ist.

Die Bemühungen um "wertvolle" zeitgenössische Romane könnten bei jungen Autoren, die die Periode des Stalinismus und die kurze Zeit der Freiheit vor und nach dem Oktoberumschwung nur aus der Überlieferung kennen, mehr Chancen auf Erfolg haben. Das erklärt, warum man sich in der letzten Zeit sehr um die jungen Talente, um die Aktivierung der provinziellen Autoren bemüht.

2) Theaterprogramm 1961

466 Aufführungen und Neuinszenierungen (358 Titel) bringen die polnischen Theater in ihrem Repertoire im kommenden Jahre. Davon entfällt auf:

polnische Klassiker		92	Premieren (68 Titel)
polnische Autoren des XX. Jahrhunderts	130	"	(95 Titel)
fremde Klassiker	111	"	(92 Titel)
fremde zeitgenössische Autoren	133	"	(102 Titel)

Unter den fremden Klassikern hält SHAKESPEARE mit 20 Premierieren und 19 Titeln mit Abstand den ersten Platz. Mit vier Premierieren wird GOETHE in einer Theatersaison vertreten sein.

Sehr interessant sehen die Zahlen der zeitgenössischen ausländischen Autoren aus. Von der Gesamtzahl (133 Premierieren mit 102 Titeln) entfallen auf die Autoren der Ostblockländer 63 Premierieren mit 46 Titeln (darin die sowjetischen Autoren: 38 Premierieren mit 25 Titeln) und 70 Premierieren mit

56 Titeln auf die Autoren aus nichtkommunistischen Ländern. Diese Zahlen geben an und für sich ein Zeugnis für die liberale Theaterpolitik in Polen. Natürlich muß berücksichtigt werden, daß die Autoren aus dem nichtkommunistischen Ausland zum Teil als dem Kommunismus Nahestehende bekannt sind und zu jenen gehören, die man im kommunistischen Lager als "fortgeschritten" zu bezeichnen pflegt. Es läßt sich jedoch feststellen, daß das Publikum in Polen Gelegenheit bekommt, eine repräsentative Auswahl der westlichen Theaterstücke kennenzulernen. Theater in Polen bleibt immer noch ein Gebiet, auf dem die "Abkehr vom Oktober" am wenigsten spürbar ist.

3) Arbeiter müssen die Schulbank drücken

Auf über 3 Millionen beziffert man die Zahl jener Beschäftigten, die in den letzten 10 Jahren in der Industrie Arbeit fanden, ohne eine Grundschulbildung und fachliche Vorbereitung zu besitzen. In der Textilindustrie besitzt fast die Hälfte der dort beschäftigten Arbeiterinnen keine abgeschlossene Grundschulbildung.

Auch das niedrigere und mittlere technische Personal besitzt nicht die erforderlichen Qualifikationen. In der Schwerindustrie besitzt die Hälfte der Vorarbeiter und Meister nicht die erforderliche Bildung.

Diese Tatsache wirkt sich natürlich äußerst unvorteilhaft auf die industrielle Produktion des Landes aus und ist ein Hemmschuh bei den Versuchen, die Arbeit dieser Industrie zu modernisieren und zu verbessern.

"Trybuna Ludu" schreibt:

"Unsere Industrie wird in der letzten Zeit immer schneller modernisiert.

Die Verwendung der neuen, immer komplizierteren Einrichtungen und Maschinen und die neue Technologie der Produktion erfordern immer größere Qualifikationen von dem sie bedienenden Personal."

Die heute in der Industrie beschäftigten Arbeiter müssen sich also in vielen Fällen auf die Schulbank setzen, um ihre Fachkenntnisse zu vervollständigen. Die Hauptschwierigkeit liegt aber darin, daß sie vielfach keine allzugroße Lust dazu verspüren. Man hat Abendschulen und Schulungskurse zum Teil in den Betrieben errichtet, die aber schlecht besucht werden. Über den Grund dieses Verhaltens schreibt "Trybuna Ludu":

"Einen breiten Raum findet immer noch die Überzeugung, daß Lernen nicht viel einbringt, daß es vor allem keinen Zusammenhang gibt zwischen der allgemeinen und fachlichen Bildung und dem zu erwartenden Lohn."

In der Vergangenheit hatten solche Ansichten eine reale Basis in der Praxis der stalinistischen Zeit. Heute ist die Situation grundverschieden. Was man nicht mit guten Worten erzielen kann, versucht man jetzt auf dem Wege der Abschreckung zu erreichen. In einem größeren Produktionswerk in Warschau trommelte man die Belegschaft zusammen und erklärte, daß jegliche vorteilbringende Lohnumgruppierung und Beförderung nur jenen zuteil werden kann, die ihre Fachkenntnisse und Grundbildung auf das erforderliche Niveau bringen. Die Folge war, daß von 177 Beschäftigten, die keine abgeschlossene Grundschulbildung hatten sich jetzt 155 auf die Schulbank gesetzt haben.

4) Zu wenig Arbeiter- und Bauernstudenten

Unter den fast 25.000 jungen Menschen, die zum Hochschulstudium zugelassen wurden, gab es 1960 nur 45,9 %, die aus Arbeiter- und Bauernfamilien kommen. Seit mehreren Jahren fällt auf, daß die prozentuelle Zahl der Arbeiter- und Bauernstudenten eine fallende Tendenz zeigt. Im Parlamentsausschuß für Schulfragen bezeichnete man diese Tendenz als "beunruhigend" und beschloß, eine Verbesserung der Methoden bei der Auswahl der Kandidaten zum Hochschulstudium aufzuwenden.